

Avanti ²

Theoriebeilage
Die faschistische
Gefahr
von
Helmut Dahmer

ISO Rhein-Neckar

DEMOKRATIE



VON UNTEN!

INHALT	EDITORIAL	INHALT
TITEL		INTERNATIONALE SOLIDARITÄT
01 DEMOKRATIE Wächst von unten	<i>Liebe Leserinnen und Leser,</i>	09 UKRAINE Warum eine Solikonferenz?
EDITORIAL / INHALT / KURZ & KNAPP	der aufhaltbare Aufstieg der AfD wird nach wie vor durch die vorherrschende neoliberale Politik gefördert. Die Notwendigkeit des Aufbaus einer solidarischen Front gegen Faschismus, Kriegstreiberei und Profitgier ist umso dringender.	ISO / POLITISCHE BILDUNG
02 KAPITALISMUS Kurz & knapp?	Ein Schwerpunktthema der Juni-Ausgabe von <i>Avanti</i> ² ist deshalb der Kampf für demokratische und soziale Grundrechte insbesondere in der Arbeitswelt.	10 ISO-INFOABEND Nach dem GDL-Streik
SEITE DREI	In der Theoriebeilage veröffentlichen wir Helmut Dahmers vorzüglichen Text „Die faschistische Gefahr“.	ZUSCHRIFTEN / IV. INTERNATIONALE
03 DEMOKRATIE Wächst von unten	Wir hoffen auf Euer Interesse!	11 LESERBRIEF Brief eines lesenden Arbeiters?
GEWERKSCHAFTEN	<i>Eure Redaktion</i>	11 IV. INTERNATIONALE Mit dem Kapitalismus brechen
04 ERSTER MAI 2024 I Aktiv in Mannheim?		RÜCKBLLENDE / TERMINE
05 ERSTER MAI 2024 II Kämpfen in Weinheim		12 ANTIFASCHISMUS Protest in Rheinau?
ARBEITSWELT		12 TERMINE
06 BR-MOBBING I Aktionen in Berlin?		THEORIEBEILAGE
08 BR-MOBBING II Eskalation bei Ford Kohlhoff		01 FASCHISMUS Zur faschistischen Gefahr

Titelbild:
GE-Aktionstag in Bexbach, 12. Dezember 2016.
Foto: helmut-roos@web.de.

Zitat des Monats: „Wenn ein Arbeiter Aktien kauft, ist es genau so, wie wenn ein Schwein seinem Metzger neue Schlachtermesser schenkt.“ (Ein Metallarbeiter.)

Kapitalismus als Grundgesetz?

E. B.

Vor 75 Jahren ist das Grundgesetz (GG) der BRD in Kraft getreten. Es enthält Lehren aus den Verbrechen des Faschismus.

Allerdings ist es ein verbreiteter Mythos, dass das GG den Kapitalismus als Wirtschaftssystem festgeschrieben hätte.

Vor allem Wolfgang Abendroth, „Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer“, hat dies widerlegt. Für ihn war das „Fernziel der [sozialistischen] Umstrukturierung der gesamten Wirtschaftsgesellschaft“ im GG angelegt.

Das dort festgeschriebene Sozialstaats-Prinzip hielt er für die verpflichtende Begründung einer demokratischen und sozialen Wirtschaftsordnung jenseits des Kapitalismus.

Abendroth wies nicht nur auf Artikel 14 und 15 GG hin (Enteignung bzw. Vergesellschaftung von Grund und Boden sowie von Unternehmen), sondern auch auf die Möglichkeit einer direkten Demokratie und eines uneingeschränkten Streikrechts. ■

**K
U
R
Z
&
K
N
A
P
P**

„Kriegstüchtigkeit“ als Grundgesetz?

E. B.

In der Präambel des Grundgesetzes heißt es, dass das „Deutsche Volk“ die Aufgabe hat, „in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“.

In Artikel 1 GG steht zudem geschrieben: „(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

Es ist offensichtlich, dass die laute Propaganda für „Kriegstüchtigkeit“ und verstärkte Aufrüstung durch Kriegstreiber in Politik und Medien, durch Rüstungslobbyisten und Militaristen in offenem Widerspruch zum GG steht und Faschismus fördert.

Antifaschismus und Antimilitarismus müssen auch deshalb stärker werden. ■

Demokratie entsteht von unten Solidarische Front aufbauen!

U. D.

Die Europa- und die Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 werden zeigen, ob sich – wie bei den Kommunalwahlen in Thüringen – der Rechtruck fortsetzt. Sie sind ein „Vortest“ zu den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg im September 2024.

Kapitalismus kann weder Klimaschutz, noch Frieden und Solidarität. Er ist die wesentliche Ursache sich verschärfender globaler Krisen. Er konzentriert ungeheuren Reichtum und Macht auf wenige. Er braucht permanentes Wachstum, verschärft die Konkurrenz und strebt nach maximalem Profit.

Die ökologischen, sozialen und politischen Folgen dieser Entwicklung werden auch in Deutschland für die arbeitende Klasse immer spürbarer.

Kapitalismus abwählen?

Kapitalismus kennt viele Herrschaftsformen: Feudal-Systeme, mörderische Diktaturen wie in Nazi-Deutschland, autoritäre Systeme wie in Russland oder bürgerlich-parlamentarische Demokratien wie zurzeit in der BRD. So unterschiedlich diese Formen sind, sie haben eines gemeinsam: Die eigentliche Macht hat das Kapital.

Diese Kapitalmacht kann alleine mit Wahlen nicht beseitigt werden. Dazu muss die arbeitende Klasse den kapitalistischen Staat durch ihre eigene radikaldemokratische Ordnung ersetzen, eine sozialistische und ökologische Rätedemokratie.

Wahlrecht nutzen

Dennoch können Wahlergebnisse massive Folgen für Gewerkschafts- und Belegschaftsrechte, Sozialabbau, Grund- und Menschenrechte sowie die Stärkung rassistischer Bewegungen haben.

Das war 1933 bei der Machtübertragung an Hitler so. Das haben in den letzten Jahren auch andere Beispiele gezeigt: Argentinien, Brasilien, USA, Russland, Polen, Ungarn, Italien und kürzlich die Niederlande.

Keine Stimme für Kriegstreiber

Die „gemäßigten“ kapitalistischen Parlamentsparteien CDU/CSU, FDP, GRÜNE und SPD sind keine Alternative. Trotz aller Unterschiede wollen sie den Kapitalismus nicht beseitigen, sondern die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte zu Lasten der arbeitenden Klasse fortsetzen.

Sie stehen unter anderem für massive Aufrüstung, verschärfen Sozialabbau und für Abschottung gegenüber Geflüchteten. Ihre Politik dient den Superreichen und den Konzernen. Sie ebnet dem Faschismus den Weg und verstärkt die Kriegsgefahr.

Keine Stimme für Faschismus

Die AfD-Faschisten um Höcke, Krah & Co. können die Krisen und das Versagen der „gemäßigten“ Politik ausnutzen, um soziale Ängste und Wut rassistisch auf alles Fremde und angeblich Nichtdeutsche zu lenken.

Sie präsentieren sich als Vertretung des „deutschen Arbeiters“. Doch ihr Ziel ist nicht, die kapitalistische Profitwirtschaft

durch eine demokratische und solidarische Gesellschaft zu ersetzen. Stattdessen wollen sie einen faschistischen National-Kapitalismus schaffen, der rücksichtslos das „Recht des Stärkeren“ auf Profitmaximierung durchsetzt.

Deswegen müssen AfD & Co. konsequent und auf allen Ebenen bekämpft werden. Eine solche Ebene können auch Wahlen sein. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die Linke wählen – ohne Illusionen

Die Partei Die Linke wird nicht als glaubwürdige politische Alternative wahrgenommen. Aber es gibt in ihr antikapitalistische Strömungen. Nicht wenige ihrer Mitglieder setzen sich in Betrieben, Gewerkschaften, Initiativen und Bewegungen für die Interessen der arbeitenden Klasse ein.

Auch wenn diese Partei keinen Anlass zu Illusionen bietet, ist ein gutes Wahlergebnis für sie ein Signal gegen Faschismus und gegen bürgerlich-neoliberale Politik.

Solidarische Front aufbauen

Das Kräfteverhältnis zwischen oben und unten, zwischen reich und arm, zwischen Kapital und Arbeit wird nicht durch Wahlen, sondern durch außerparlamentarische Kämpfe verändert. Dafür braucht es Bewegungen gegen Krieg, Aufrüstung und Sozialabbau, gegen Frauenunterdrückung und Rechtruck, gegen Umweltzerstörung sowie gegen Faschismus, Rassismus und Abschottung. Erfolgreich können sie letztendlich nur sein, wenn sie sich in einer gemeinsamen Front zusammenschließen.

Wir wollen uns aktiv einmischen. Daher beteiligen wir uns dort, wo wir leben, lernen und arbeiten am Aufbau kämpferischer Kerne und Strömungen. Und wir treten für deren Vernetzung in einer sozialen, ökologischen und antifaschistischen Front ein. ■



DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2022.

Foto: Avanti?

1. Mai in Mannheim

Die Notwendigkeit der Solidarität

H. N.

„Mehr Lohn, Freizeit, Sicherheit“ – dem offiziellen DGB-Motto zum 1. Mai 2024 war anzumerken, dass es vor dem Aufschwung der antifaschistischen Massenbewegung im Januar festgelegt worden war. Im DGB-Kreisverband Mannheim / Rhein-Neckar West wurde deshalb die Ergänzung „Mehr Antifa!“ beschlossen.

Laut DGB beteiligten sich an Demo und Kundgebung rund 2.500 Kolleginnen und Kollegen. Auf jeden Fall war die Beteiligung stärker als 2023 und die Demo kämpferischer.

Betriebliche Transparente wie das von Alstom Mannheim „Mobilitätswende? Ja, aber mit uns!“ waren leider sehr rar. Positiv fielen einige gewerkschaftliche Banner auf, zum Beispiel das der IG BCE-Ortsgruppe Weinheim „Solidarität ist unsere Stärke!“ oder jenes der DGB-Jugend Nordbaden „Mehr Solidarität, Klassenkampf, Antifa!“.

Lautstark skandierten die in der IG BAU organisierten und mit Putzeimern ausgerüsteten Gebäudereinigerinnen „1 Euro mehr!“. Auch der „antikapitalistische Block“ war nicht zu überhören.

Zu einem ganz besonderen Moment kam es, als die Demospitze den von Schließung bedrohten Kaufhof am Paradeplatz erreichte. Dort schlossen sich 50 Beschäftigte des Warenhauskonzerns dem Zug zum Marktplatz an. Sprechchöre ertönten: „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns den Kaufhof klaut!“ und „Kämpfen Kaufhof, kämpfen!“.

Die Kundgebung auf dem Marktplatz fand bei Sonnenschein und bester Stimmung statt. Wie üblich umrahmten zahlreiche Stände von Einzelgewerkschaften aber auch von sozialen und politischen Initiativen den Platz. Für die musikalische Begleitung der Mai-Feier sorgten routiniert Chris Cosmo und Band.

Die Hauptrede hielt Stefanie Holtz, Bundesjugendsekretärin der IG Metall. Sie bezeichnete es als „die größte Aufgabe unserer Zeit“, „die Transformation zu gestalten“. Holtz forderte die

Abschaffung oder wenigstens die Aussetzung der „Schuldenbremse“, weil ansonsten die „enormen Investitionen in unsere Zukunft“ nicht gestemmt werden könnten.

„Wir kämpfen für unsere Zukunft!“

Die Metallgewerkschafterin zeigte sich beunruhigt, dass „die junge Generation so pessimistisch wie noch nie in die Zukunft blickt“. Das sei verursacht durch die großen Sorgen, die Inflation, Angst vor Altersarmut und Wohnungsknappheit bereiteten, aber auch durch die großen Krisen wie den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten oder dem „Klimawandel“.

Holtz kritisierte die zunehmende Tariffucht. Nur noch jeder zweite Beschäftigte in der BRD arbeite zu tarifvertraglich festgelegten Bedingungen. Es sei deshalb erforderlich, für eine Stärkung der Gewerkschaften und gegen eine Einschränkung des Streikrechts zu kämpfen.

Wie bei den Mai-Kundgebungen in den Jahren zuvor war der Gewerkschaftsjugend auch dieses Mal ein besonderer Platz im Programm vorbehalten. Mit ihrer zu mehr Engagement und zu mehr Konsequenz ermutigenden kapitalismuskritischen Aktion auf der Bühne erhielt sie viel zustimmenden Beifall.

Alexandra Gödicke vom Betriebsrat Kaufhof bekräftigte mit ihrem Redebeitrag den Willen, die drohende Schließung der Mannheimer Filiale zu verhindern. „Wir kämpfen für unsere Zukunft!“ war auf dem Transparent ihrer Kolleginnen und Kollegen zu lesen, deren Existenzängste aufgrund der befürchteten Kündigungen sehr real sind.

Jutta Knapp, Betriebsratsvorsitzende der vom Verkauf bedrohten Mannheimer Mercedes Benz-Niederlassung, kündigte vehement weitere Gegenwehr mit den Belegschaften der anderen Niederlassungen gegen die unverschämten Konzernpläne an. Die Metallerin schlug den Kolleginnen und Kollegen vom Kaufhof gemeinsame Protestaktionen vor.

Wolfgang Alles vom Überbetrieblichen Solidaritätskomitee Rhein-Neckar kritisierte scharf das spürbare Nachwirken des faschistischen Arbeitsunrechts bei der zunehmenden Bekämpfung von Betriebsräten. „Nie wieder ist jetzt!“ heiße in der Arbeitswelt für die Gewerkschaften, den Aufbau einer solidarischen Front gegen die Angriffe des Kapitals anzugehen.

Vor dem abschließenden, nicht ganz textsicheren Singen des traditionellen Gewerkschaftslieds „Brüder zur Sonne, zur Freiheit ...“ rief der DGB-Kreisvorsitzende Ralf Heller zu verstärkter Vernetzung und zu aktiver Solidarität mit den aktuellen Kämpfen von Beschäftigten auf. ■



DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2024.

Foto: Avanti?.

1. Mai-Kundgebung in Weinheim Gegen den Klassenkampf von oben

K. W.

Die diesjährige DGB-Kundgebung am 1. Mai in Weinheim wurde von der dortigen Ortsgruppe der Gewerkschaft IG BCE organisiert und musikalisch vom Duo Michelle Walker & Daniele Aprile umrahmt.

Zu Beginn erinnerte der Vorsitzende der Ortsgruppe, Helmut Schmitt, an die nach wie vor große Bedeutung des 1. Mai. Er ist seit über 130 Jahren weltweit ein Tag der Solidarität und des Widerstands gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Angesichts der sich zuspitzenden Krisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch Kriege, hohe Inflation, Rezession, wachsende Armut, Zerstörung der Umwelt und des Klimas wird, so Schmitt, die gewerkschaftliche Gegenwehr immer wichtiger. Diese Gegenwehr ist aber, von Ausnahmen wie etwa den Streiks der GDL abgesehen, viel zu wenig sichtbar. Deshalb ist es auch nicht gelungen, die Preistreiber durch ausreichende Einkommenserhöhungen auszugleichen.

Streikrecht schützen

Die Beschäftigten und die Gewerkschaften sehen sich Schmitt zufolge einem immer schärferen Klassenkampf von oben ausgesetzt. Geschäftsleitungen versuchten verstärkt, die Anliegen der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften mit Unterstützung der Medien und der Politik zu diskreditieren. Das beste Beispiel hierfür ist der erst vor kurzem beendete Arbeitskampf bei der Bahn, bei dem die GDL trotz übelster Hetze erfolgreich eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich durchsetzen konnte.

Die zur Bekämpfung solcher Streiks erhobene Forderung, das bereits eingeschränkte Streikrecht in Deutschland weiter zu schwächen zeigt Schmitt zufolge, dass die Rechte der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften massiv bedroht sind.

Dies gilt auch für die Rechte der Betriebsräte, die immer häufiger von hemmungslosen Geschäftsführungen außer Kraft gesetzt werden. Dabei werden laut Schmitt oft Methoden angewendet, welche nicht nur das Betriebsverfassungsgesetz, sondern auch die Grund- und Menschenrechte mit Füßen treten.

Als besonders extremen Fall stellte er das jahrelange Betriebsrats-Mobbing bei ProMinent, dem Heidelberger Unternehmen des BDA-Präsidenten Rainer Dulger, heraus. Schmitt wies darauf hin, dass das Netzwerk gegen BR-Mobbing den wegen dieses Skandals verfassten Offenen Protestbriefs Günter Wallraffs bundesweit verbreitet und unterstützt hat.

Arbeitszeitverkürzung fordern

Der Vorsitzende der IG BCE Ortsgruppe Weinheim betonte, dass die durch die Gewerkschaftsbewegung über Jahrzehnte hinweg erkämpften Errungenschaften akut bedroht werden. Die Kapitalseite, ihr Repräsentant Rainer Dulger und ihre Lobbyisten in der Politik propagieren permanent die Erhöhung des Renteneintrittsalters, die Verlängerung der Wochenarbeitszeit und täglicher Höchstarbeitszeiten ebenso wie das Senken der Altersrente.

Die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist Schmitt zufolge eine der wichtigsten Forderungen sowohl gegen den zunehmenden Stress am Arbeitsplatz als auch gegen Personalabbau als Folge der „Transformation“ der Wirtschaft und der Energieerzeugung. Arbeitszeitverkürzung, so der Gewerkschafter, ist nur durch eine kämpferische Gewerkschaftsstrategie durchsetzbar.

Gegenwehr stärken

Maximilian Heßlein, Wirtschafts- und Sozialpfarrer im Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA) mit Sitz in Mannheim, erinnerte in seiner Rede ebenfalls an die lange Tradition des 1. Mai. An diesem Tag sieht er alle aufgerufen, für gute Arbeit, für eine gerechte Gesellschaft und für den Frieden aufzustehen.

Das Beispiel der beabsichtigten Schließung der Mannheimer Galeria-Kaufhof-Filiale zeigt ihm zufolge die Notwendigkeit auf, gemeinsam im Sinne des Gemeinwohls aktiver zu werden. Zum dritten Mal ist das

Unternehmen in Insolvenz gegangen, und das Ende von vielen weiteren Niederlassungen des Warenhaus-Konzern ist angekündigt worden.

Auch im Fall von Mannheim liegt das an den überhöhten Mieten, die der Eigentümer der Immobilie – die Signa-Holding des Kaufhof-Eigners Benko – verlange. Skrupellos missachtet der Kaufhof-Eigentümer, so der Industriepfarrer, seine soziale Verantwortung und nimmt sogar einen längeren Leerstand des Gebäudes in Kauf, möglicherweise, um damit Steuern zu sparen.

Heßlein bezeichnete Vorgehensweisen wie diese als „Systemversagen“. Er forderte, dass der Gesetzgeber dem klare Grenzen setzen müsse.

Zweifelsohne, so die Botschaft der 1. Mai-Kundgebung in Weinheim, stehen die Gewerkschaften und die darin Aktiven vor enormen Herausforderungen. Wie das Kaninchen auf die Schlange zu starren, ist in einer solchen Lage kein guter Rat. Vielmehr gilt der alte Satz: „Nur wer sich wehrt, lebt nicht verkehrt!“



Industriepfarrer M. Heßlein in Weinheim, 1. Mai 2024.

Unterschriftenkampagne gegen BR-Mobbing bei ProMinent

3.000 Unterschriften an Bundesarbeitsminister Heil übergeben

O. T.

Am 4. Mai 2024 konnte die Unterschriftenkampagne gegen das Betriebsrats-Mobbing beim Dosieranlagenhersteller ProMinent in Heidelberg abgeschlossen werden. Miteigentümer des Unternehmens ist Rainer Dulger, der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V. (BDA).

Die Übergabe der Unterschriftenlisten an den Bundesarbeitsminister und dessen danach erfolgte Zusage, sich um die Bekämpfung des BR-Mobblings nicht nur insgesamt, sondern auch im speziellen Fall von ProMinent zu kümmern, sind auf jeden Fall als wichtiger Erfolg zu werten.

Ob die in Berlin durchgeführte Aktion auch im Unternehmen des BDA-Präsidenten etwas bewirkt, bleibt abzuwarten.

Nachdem der dortige, in der IG Metall organisierte Betriebsrat durch das jahrelange Mobbing der Geschäftsleitung und ihrer Handlanger zerschlagen worden ist, muss es die vordringliche Aufgabe der Gewerkschaft und ihrer Heidelberger Geschäftsstelle sein, diesen wieder neu aufzubauen.

Kampf gegen BR-Mobbing erforderlich

Aufgrund der bisher weitestgehend fehlenden Unterstützung durch die örtliche IG Metall wird dies aber alles andere als leicht

werden. Das durch dieses Versagen zerstörte Vertrauen der betroffenen Kolleginnen und Kollegen in die Gewerkschaft kann – wenn überhaupt – nur durch personelle Veränderungen in der Betriebsbetreuung, vor allem aber durch eine längst überfällige offensive Bekämpfung der Mobber im Unternehmen zurückgewonnen werden.

In der anlässlich der Berliner Aktion veröffentlichten Presseerklärung des Netzwerks gegen BR-Mobbing, die wir im Folgenden wiedergeben, heißt es: „Auf der Bundeskonferenz der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA) am 4. Mai 2024 in Berlin konnten Vertreter der AfA, des Mannheimer Komitees ‚Solidarität gegen Betriebsrats-Mobbing!‘ und von Work Watch eine lange Liste von Unternehmen und Anwaltskanzleien, die gezielt Betriebsräte bekämpfen, und Tausende Unterschriften des Offenen Briefs von Günter Wallraff zum Betriebsrats-Mobbing beim Heidelberger Dosieranlagenhersteller ProMinent der Familie Dulger



Unterschriftenübergabe an Bundesminister Heil in Berlin, 4. Mai 2024.

Foto: Labournet-TV.



Protestaktion vor der BDA-Zentrale in Berlin, 4. Mai 2024.

Foto: Privat.

unter großem Beifall der Delegierten aus ganz Deutschland persönlich dem Bundesarbeitsminister überreichen.

Zusagen von Bundesminister Heil

Nach seinem Redebeitrag auf der Konferenz stand Hubertus Heil den Übergebern zum Austausch zur Verfügung. Der Bundesarbeitsminister sagte zu, wegen des Betriebsrats-Mobbings das Gespräch mit Verantwortlichen auf Arbeitgeberseite zu suchen und die davon Betroffenen sowie die Unterstützer des Offenen Briefes über das Ergebnis des Gesprächs zu informieren. Außerdem kündigte er an, noch vor Ende der Legislaturperiode die Initiative zur Aufwertung des § 119 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) in Angriff zu nehmen.

Die SPD hat in ihrem Zukunftsprogramm beschlossen, den Kündigungsschutz für Betriebsräte auszuweiten und eine Behinderung von Betriebsräten stärker zu verfolgen. Dies ist nun nach dem Koalitionsvertrag der Ampel umzusetzen, indem die Behinderung der demokratischen Mitbestimmung künftig als Officialdelikt eingestuft werden soll – d. h. von Staats wegen verfolgt werden muss.

Das wäre ein wichtiger Schritt in Richtung eines modernen Betriebsverfassungsgesetzes. Bei einer gesetzlichen Novellierung müssen allerdings weitergehende Punkte mit aufgenommen werden. So beschlossen die Delegierten der Afa-Konferenz unter anderem die Forderungen nach einer Beweislastumkehr bei Behinderung oder Störung der Wahl oder Arbeit eines Betriebs-/Personalrats sowie die Strafbarkeit der ‚fahrlässigen Betriebsratsbehinderung‘. Erforderlich ist zudem, dass Unternehmensberater, Anwaltskanzleien, Arbeitgeberverbände und Wirtschaftsdetekteien, die durch ihr Handeln, die demokratischen Mitbestimmungsrechte missachten, bestraft werden. Rechtsanwaltskammern sind anzuhaltend, in ihren Standesordnungen den Gebührenanspruch für Rechtsanwälte auszuschließen, wenn diese mit den Methoden des ‚Union Bus-

ting‘ (Gewerkschaftsbekämpfung) werben oder diese zur Befriedigung von Mandanteninteressen gesetzeswidrig anwenden.

Unrechtsverhalten verfolgen

Solches Unrechtsverhalten muss künftig in Ausschreibungs- und Vergabeverfahren als Ausschlusskriterium negativ berücksichtigt werden.

Seit einigen Jahren häufen sich die Fälle von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung. In einigen Branchen ist die Behinderung oder Vermeidung von Betriebsräten und der gewerkschaftlichen Organisation inzwischen gängige Praxis. Juristische Folgen hat das kaum. Die im Betriebsverfassungsgesetz vorgesehenen Sanktionen werden nur in den seltensten Fällen durchgesetzt. Obwohl sie ganz offensichtlich gegen geltendes Recht verstoßen, kommen die Unternehmensleitungen also meist straffrei davon.

Knapp 3.000 Unterschriften allein zum Betriebsrats-Mobbing bei ProMinent waren zusammengelassen. Dabei handelt es sich nicht um zufällig eingesammelte Unterschriften. Ganze Betriebsratsgremien haben den Brief gemeinsam diskutiert und unterzeichnet, außerdem zahlreiche bekannte Gewerkschafter wie Jürgen Kerner, 2. Vorsitzender der IG Metall, und der renommierte Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler.

Vor der Übergabe der Unterschriften an Bundesarbeitsminister Heil hatten mehrere Betriebsräte und Gewerkschafter:innen vor dem Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin eine Protestaktion durchgeführt. Sie wiesen darauf hin, dass dort mit der BDA, dem BDI und der DIHK die Organisationen sitzen, die kein Interesse an einem aufgewerteten § 119 BetrVG haben. Denn dann würden sich unter anderem auch die Verantwortlichen für das Betriebsrats-Mobbing bei ProMinent der realen Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen.“

Eskalation bei Ford Kohlhoff

Gegen BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung

E. B.

Der seit längerem schwelende Konflikt beim Mannheimer Autohaus Ford Kohlhoff hat eine neue Zuspitzung erfahren. Die Firmenleitung schüchtert massiv Beschäftigte ein. Gegen zwei Betriebsratsmitglieder hat sie mittlerweile ein Kündigungsverfahren eingeleitet und zudem den 1. Bevollmächtigten der zuständigen Gewerkschaft IG Metall, Thomas Hahl, bedroht und beleidigt.

Ursächlich für diese ungeheuerliche Eskalation ist die Tarifflucht durch den Firmeninhaber Kohlhoff. Bereits im März 2022 war das Unternehmen still und leise aus dem Arbeitgeberverband im Kfz-Handwerk Baden-Württemberg ausgetreten. Erst im Sommer 2023 wurde dies im Betrieb bekannt, als die Zahlung der tariflichen Inflationsausgleichsprämie an die bei Kohlhoff beschäftigten Kolleginnen und Kollegen unterblieb.

Bedrohung und Beleidigung

Die IG Metall Mannheim hatte daraufhin die Geschäftsleitung des Autohauses zu Verhandlungen über die Wiederherstellung der Tarifbindung aufgefordert. Insgesamt sind seit November 2023 vier Verhandlungsrunden geführt worden. In der bisher letzten am 7. März 2024 bedrohte und beleidigte Firmenboss Kohlhoff den hauptamtlichen IG Metalller Thomas Hahl.

Die IG Metall brachte daraufhin den Vorfall vor das Landgericht Mannheim. Laut dessen Beschluss wurde das Verfahren zur weiteren Behandlung an das Arbeitsgericht Mannheim verwiesen.

Unmittelbar danach eskalierte Ford Kohlhoff weiter. Den als Zeugen vor Gericht geladenen Betriebsratsmitgliedern des Autohauses wurde die Anhörung zu ihrer eigenen Kündigung übergeben. Der unglaubliche Vorwand für diesen weiteren Angriff war, dass sie eine eidesstattliche Versicherung vor dem Landgericht zu dem Angriff auf die IG Metall abgegeben hatten!

Protestaktion am 30. April

Am 30. April 2024 rief die IG Metall zu einer aktiven Mittagspause vor dem Firmensitz in Mannheim-Käfertal auf. Rund 80 Metallerrinnen und Metalller zeigten sich solidarisch mit den Kolleginnen und Kollegen von Ford Kohlhoff und protestierten gegen BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung.

Delegationen von Alstom, Caterpillar, Daimler Truck, John



Aktive Mittagspause bei Ford Kohlhoff Mannheim, 30. April 2024.

Deere, Mercedes-Benz Niederlassung, Pepperl+Fuchs und ZF WABCO waren vor Ort. Auch Aktive des Arbeitskreises Senioren der IG Metall, des Komitees „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ und des Überbetrieblichen Solidaritätskomitees Rhein-Neckar unterstützten die gelungene Aktion.

Thomas Hahl brachte in seiner emotionalen Ansprache die Hochachtung für das Engagement des Betriebsrats und der Belegschaft von Ford Kohlhoff zum Ausdruck. Es sei leider nicht das erste Mal, „dass auch die Mitglieder der betrieblichen Tarifkommission der IG Metall und des Betriebsrates vom Geschäftsführer wegen ihrer Betätigung für die Interessen der Belegschaft massiv angegangen wurden“.

Weitere Solidarität erforderlich

„Diesem Treiben“, so der Gewerkschafter, „muss daher Einhalt geboten werden! Wir wehren uns gegen Betriebsratsmobbing und Union Busting. Wer einen von uns angreift, bekommt es mit der ganzen IG Metall zu tun. Wir fordern Herrn Kohlhoff auf, diese massiven Angriffe sofort zu unterlassen sowie Recht und Gesetz einzuhalten.“

In kurzen Wortbeiträgen solidarisierten sich auch SPD-Gemeinderat Reinhold Götz, DGB-Regionsgeschäftsführer Lars Treusch und Solikomitee-Sprecher Wolfgang Alles mit den Kolleginnen und Kollegen von Ford Kohlhoff.

Weitere Solidarität ist erforderlich. Dazu bieten sich die kommenden Termine vor dem Arbeitsgericht Mannheim (E 7, 21, 68159 MA) an. Am 6. Juni 2024 um 12:00 Uhr wird dort das Verfahren Hahl gegen Kohlhoff stattfinden und am 27. Juni 2024 um 11:30 Uhr die Verhandlung wegen Zustimmungsersetzung zur beabsichtigten Kündigung der beiden Betriebsräte durch das Unternehmen.



Aktive Mittagspause bei Ford Kohlhoff Mannheim, 30. April 2024.

„Für einen selbstbestimmten Wiederaufbau der Ukraine! Soziale Rechte sichern, Entschuldung durchsetzen!“

K. O.

Unter diesem Motto findet eine bisher wohl einzigartige Konferenz mit Gewerkschafter:innen und Aktivist:innen aus der Ukraine am Samstag, 8. Juni 2024 im Berliner IG-Metall-Haus statt.

Im Aufruf zu der Tagung heißt es: „Gewerkschaften und soziale Bewegungen kämpfen in der Ukraine an zwei Fronten: gegen die russische Aggression und gegen die neoliberale Politik der Selenskyj-Regierung. Deren Politik spaltet die Gesellschaft und wälzt die Last des Krieges auf die arbeitende Bevölkerung ab.

Das Land ist weltweit der drittgrößte Schuldner des IWF, die zusätzlichen Kosten für den Wiederaufbau nach dem Krieg werden derzeit auf 750 Mrd. Dollar geschätzt. Diese Schulden und die Auflagen der EU bedrohen den Lebensstandard und die sozialen Rechte der Beschäftigten im privaten wie im öffentlichen Sektor, obwohl sie die Hauptlast des Krieges tragen. Ihre Sichtweise spielt auf der Ukraine Recovery Konferenz, die von der Bundesregierung und der EU-Kommission am 11. und 12. Juni 2024 in Berlin ausgerichtet wird, keine Rolle.

Der Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin und die Initiative „Solidarität mit ukrainischen Gewerkschaften – Hu-

manitäre Hilfe“ organisieren daher eine Veranstaltung, bei der gewerkschaftlich aktive Kolleg:innen und Aktivist:innen von sozialen Bewegungen aus der Ukraine im Mittelpunkt stehen. Es haben u. a. zugesagt Kolleg:innen von ArcelorMittal, Krywyj Rih, dem größten Stahlwerk der Ukraine, der Krankenhausinitiative BeLikeNina und der Studierendengewerkschaft Direct Action.“

Veranstalter der Konferenz sind der Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin und die Initiative „Solidarität mit ukrainischen Gewerkschaften – Humanitäre Hilfe“.

Anmeldung und Programm

Zeit: Samstag, 8. Juni 2024, 13 - 18.30 Uhr

Ort: IG-Metall-Haus, Alte Jakobstr.149, 10969 Berlin

Anmeldungen: info@gewerkschaftliche-ukraine-solidaritaet.de

Programm: www.gewerkschaftliche-ukraine-solidaritaet.de/

Gewerkschaftliche Solidarität – Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften

Der russische Angriffskrieg hat zu enormem Leid in der ukrainischen Gesellschaft geführt. Die Gewerkschaften spielen eine zentrale Rolle in der Aufrechterhaltung notwendiger Dienstleistungen wie in Krankenhäusern oder im öffentlichen Verkehr.

Gewerkschaftsmitglieder riskieren dabei zum Teil ihr Leben, in dem sie in östlichen Provinzen weiter in Krankenhäusern die Versorgung oder z. B. als Eisenbahner:innen die Verbindungen zu der Bevölkerung im Osten aufrecht halten.

Wir haben zu der Gewerkschaft der Eisenbahner:innen und der Gewerkschaft des Krankenhauspersonals Kontakt aufgebaut; beide gehören der Konföderation Freier Gewerkschaften der Ukraine (KWPU) an.

Diese beiden Gewerkschaften benötigen humanitäre Hilfe und unsere Solidarität.

Wir rufen zur Unterstützung dieser beiden Gewerkschaften mit Spenden auf. Die Spenden sollen für humanitäre Hilfe an unsere gewerkschaftlichen Kooperationspartner:innen in der Ukraine gehen – einerseits in Form von Geldspenden zur Unterstützung der Familien der Gewerkschaftsmitglieder, andererseits in Form von Lieferungen hier gekaufter Medikamente für die Gesundheitsversorgung in Krywyj Rih. Wir stehen mit aktiven Gewerkschafter:innen aus Kiew und Krywyj Rih in Verbindung, werden von ihnen Berichte und Verwendungsnachweise erhalten und möchten mittelfristig wechselseitige Besuche organisieren. ■

Spenden bitte an:

Internationale Solidarität e.V.
Stichwort „Ukraine Solidarität“
IBAN: DE94 4306 0967 6049 1075 00
Bank: GLS Bank

Kontakt: Christian Haasen, ukraine-solidaritaet@intersoz.org
Netz: www.gewerkschaftliche-ukraine-solidaritaet.de



Im Luftschutzkeller des Stahlwerks ArcelorMittal / Krywyj Rih, 12. Oktober 2023.

Nur wer kämpft, kann gewinnen!

ISO-Infoabend zur Bilanz des GDL-Streiks

R. G.

Am 26. März 2024 konnte die Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL) nach einer harten mehrmonatigen Tarifauseinandersetzung und mehreren Streiks einen Tarifabschluss erzielen.

Das war für uns Grund genug, sich am 24. Mai 2024 im Rahmen eines ISO-Infoabends mit diesem Tarifabschluss auseinanderzusetzen.

Unser Gast und Referent war erneut Danny Grosshans, der 2. stellvertretende Bezirksvorsitzende der GDL Süd-West. Wie von ihm gewohnt berichtete er detailliert und ohne Schönrederei über den Tarifabschluss sowie über Entwicklungen bei der Deutschen Bahn AG (DB AG) und beim Schienenverkehr.

„Masterplan Schienenverkehr“

Die DB AG ist Weltmeister des Zerfalls. Bei den wesentlichen Punkten des „Masterplans Schienenverkehr“ (Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Flexibilität, Nachhaltigkeit, Innovation und Zukunftsfähigkeit) ist kein Fortschritt erkennbar.

Solange die Eisenbahn von der Politik stiefmütterlich behandelt wird und Milliarden Euro in Fehlinvestitionen wie zum Beispiel Stuttgart 21 versenkt werden, wird sich daran nichts ändern. Zudem der DB-Vorstand seinen Kurs weltweiter Investitionen nicht konsequent beendet und sich stattdessen auf seine Kernaufgabe, den Bahnverkehr in Deutschland, konzentriert.

GDL-Tarifgeschichte

Die GDL hat in den letzten 20 Jahren das Thema Arbeitszeitverkürzung immer wieder aufgegriffen. Der Grund dafür ist, dass

die Eisenbahner:innen durch die spezifische Schichtarbeit extrem belastet waren und immer noch sind. Gearbeitet wurde in einer 6-Tage-Woche, und „auswärtige“ Übernachtungen waren üblich. Diese galten als Freizeit und wurden nicht vergütet. 2017 konnte die GDL bereits die 38-Stundenwoche, bessere Schichtpläne und Zuschläge für Auswärtsübernachtungen durchsetzen.

Der jetzige Tarifabschluss ist ein Kompromiss. Die GDL hat mehr gefordert als sie erreicht hat. Statt 555 Euro für 12 Monate hat sie 420 Euro in zwei Stufen mit einer Laufzeit von 26 Monaten plus einer Inflationsausgleichsprämie abgeschlossen. Aber sie konnte gegen den Widerstand des DB-Vorstands die schrittweise Einführung der 35-Stundenwoche und einen Schritt in Richtung wirklicher Fünftageweche durchsetzen.

Notwendig waren dafür rund 300 Streikstunden bei der DB AG. Diese Streiks, die trotz Streikgeld der GDL mit erheblichen Einkommenseinbußen für die Streikenden verbunden waren, hätten von der DB vermieden werden können. Aber die DB AG hatte weitere Arbeitszeitverkürzungen grundsätzlich abgelehnt. Dabei waren Arbeitszeitverkürzungen seitens der GDL mit zahlreichen anderen privaten Bahnunternehmen bereits vereinbart worden.

Bei der Bewertung des Abschlusses muss auch berücksichtigt werden, was von den Forderungen der DB AG abgewehrt

werden konnte. Die DB AG wollte „Arbeitszyklen“. Das heißt 10 Tage arbeiten und 4 Tage frei. Die DB AG wollte multifunktionale Lokführer:innen und so die Wagenmeister ersetzen. Die DB wollte die Dispositionszeiten ausweiten. Die DB wollte schichtplanbedingte Unterzeiten mit Überstunden verrechnen.

Natürlich gibt es für die GDL noch offene Punkte. So ist es nicht gelungen, für DB-Netz Tarifverträge durchzusetzen. Dies ist ein Thema für die kommenden Jahre. Allerdings müssen sich dafür in diesem Bereich mehr Kolleg:innen organisieren und aktiv engagieren.

Spannende Diskussion

In der anschließenden lebhaften Diskussion wurden neben dem Tarifabschluss Themen wie das Tarifeinheitsgesetz, die Verkehrswende, die Bahnpolitik und nicht zuletzt die große Bedeutung aktiver, kämpferischer Gewerkschaften wie der GDL angesprochen.

Auf die Frage, ob es in den eigenen Reihen auch Kritik am Abschluss gegeben habe, erklärte Danny Grosshans, dass der Verzicht auf freie Tage kritisch gesehen werde. Und natürlich seien die Beschäftigten der Infrastruktur unzufrieden, weil es für sie keinen Tarifvertrag gab. Doch dies werde sich nur ändern lassen, wenn aus diesem Bereich noch mehr Engagement kommen würde. Eine Friedenspflicht für diesen Bereich gibt es nicht. Insofern ist vieles möglich.

Schließlich wurde auch das Thema Verkehrswende und Schienenverkehr diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass eine Politik notwendig ist, die sich klar für die Bahn ausspricht, Regionalstrecken ausbaut und in die Infrastruktur investiert. Ein Diskussionsbeitrag machte deutlich, dass es bei der Bahn einen solchen Kurswechsel nur geben wird, wenn es einer breiten demokratischen Bewegung gelingt, auf Parteien, politisch Verantwortliche und die Bahnunternehmen massiven politischen Druck auszuüben. ■



Danny Grosshans beim GDL-Streik in Mannheim, 11. Januar 2024.

Foto: helmut-roos@web.de.

„Die Avanti finde ich sehr informativ.“

Aus der Zuschrift eines lesenden Arbeiters zu *Avanti*² von April 2024

Die Avanti finde ich sehr informativ. Der Name selbst und allein die Art und Weise, wie er auf dem Deckblatt präsentiert wird, gefällt mir.

Die Themenauswahl und die Inhalte sind sehr gut.

Jede Person, die Interesse hat an politischer Bildung beziehungsweise an entsprechenden Informationen, sollte die Zeitung lesen.

Die Themen, Punkte und Inhalte sind kurz, umfassend und sehr gut beschrieben.

Das Deckblatt zum Beispiel zum Streikrecht ist top und klar in der Aussage.

Ein Artikel wie zum Beispiel „Preis der Energieverschwendung“ ist interessant. Das Thema wird ansonsten zu wenig behandelt.

Die Infos zu „Profiteure der Ausbeutung“ – da weiß bestimmt jeder Zweite nichts dazu und hat ein politisches Unverständnis im Wissen. Sehr interessant! Muss man wissen und sollte man.

Der nächste Punkt zum Rechtsruck ist sehr interessant und richtig wiedergegeben.

Aber der beste Inhalt war für mich Trotzis Faschismusanalyse aufgrund meiner Schulzeit.

Zur GDL (Gewerkschaft der Lokomotivführer): Keiner wusste, auch ich selbst nicht, vor dem Informationsabend darüber Bescheid, wie eingeschränkt und ohne gültigen Tarifvertrag diese Menschen gearbeitet haben. Und vor allen Dingen, wie es dazu gekommen ist!

Faschismus im Betrieb! Das ist ein großes Thema und sehr schwer umzusetzen. Warum?

Menschen sind der Meinung aufgrund ihrer geringen Bildung und ihres geringen Wissensstands, dass der Punkt die Einwanderung ist, der für die politischen, wirtschaftlichen und sehr schlechten – mittlerweile runtergewirtschafteten – Pflege- und Krankensysteme verantwortlich ist.

Der letzte Punkt. Wofür steht die ISO? Ein wichtiger Punkt und die Termine!

Leider werden das Menschen nur lesen, die interessiert sind an politischer Bildung und Veränderung.

Wobei wir hier in der Firma sehr international aufgestellt sind.

Was ich weiß, dass es bestimmt zu Themen Äußerungen geben wird, aber sich es keiner wagen würde, Menschen anderer Herkunft anders oder schlechter zu behan-



Avanti² ist auch in der Arbeitswelt erhältlich.

deln! Wir haben sehr viele andere Nationalitäten und kommen sehr gut damit aus.

Der größte aktuelle Punkt ist die Inkompetenz der Regierung, und deshalb kommt es zu den Wahlergebnissen der AfD.

Abschließend ist die Zeitung sehr lehrreich! Wenn man es will. Vor allem steht der Wille des Menschen und die Bildung zu Dingen, die wichtig sein können und nicht nur für sich selbst!

Liebe Grüße A. ■

18. Weltkongress der Vierten Internationale Mit dem Kapitalismus brechen! Entwurf für ein ökosozialistisches Manifest

Im Folgenden dokumentieren wir die Vorbemerkung des Büros der IV. Internationale zum Manifest-Entwurf:

„Die Leitung der Vierten Internationale hat den ersten Entwurf für ein Ökosozialistisches Manifest angenommen, das auf

unserem nächsten Weltkongress im Februar 2025 diskutiert werden soll.

Dieses Dokument bringt unsere Überzeugung zum Ausdruck, dass wir eine ökosozialistische Gesellschaft brauchen, die frei von Klassen- und Geschlechterherrschaft ist und in der es keine rassistische oder koloniale Unterdrückung gibt und die nur mit einer Revolution durchgesetzt werden kann. Mit dem Manifest versuchen wir, die besten Wege zur Erreichung dieses Ziels herauszuarbeiten.

Wir sind an Kommentaren, Kritik und Argumenten von [...] Wissenschaftler:innen, marxistischen Denkerinnen und Denkern und bedeutenden sozialen und politischen Bewegungen interessiert.

Wir beanspruchen nicht, das Monopol auf die Wahrheit zu besitzen, und wir glauben, dass der Dialog mit anderen radikalen und revolutionären Kräften unerlässlich ist, wenn wir in unserem Kampf vorankommen wollen.

Büro der IV. Internationale“ ■



17. Weltkongress der IV. Internationale 2018.

Manifest-Entwurf im Netz:

www.iso-4-rhein-neckar.de/manifest



Faschismus bekämpfen! In Mannheim-Rheinau und überall

E. B.

Am 25. Mai 2024 fand erneut eine AfD-Veranstaltung im Nachbarschaftshaus Rheinau statt. Und erneut fand vor dem von Polizeikräften geschützten Gebäude eine antifaschistische Kundgebung unter dem Motto „Wir alle gegen die AfD!“ statt.

Zum Protest aufgerufen hatten Mannheim gegen Rechts und das Offene Antifaschistische Treffen. Rund 200 Menschen waren gekommen. Mit Transparenten, Fahnen und Sprechchören brachten sie ihren Unmut über das AfD-Treffen in Rheinau zum Ausdruck.

In verschiedenen Redebeiträgen wurde die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfs gegen den Faschismus und dessen kapitalistische Wurzeln betont.

Die Beteiligung nur einzelner gewerkschaftlich Aktiver an der Versammlung wirft allerdings eine Frage auf. Sie ist für ein wirkungsvolles Vorgehen gegen Faschismus zu beantworten. Wie gelingt es besser als bisher, die Mannheimer Gewerkschaften zur sichtbaren und starken Beteiligung an antifaschistischen Aktionen wie in Rheinau zu gewinnen?

Nur eine breite solidarische Front wird die AfD aus Rheinau fernhalten. Nur sie wird den aufhaltbaren Aufstieg der AfD und des Faschismus in Mannheim-Rheinau und überall stoppen können.



Antifaschistische Kundgebung in Mannheim-Rheinau, 25. Mai 2024.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 06.06.24, 12:00 Uhr, Verfahren IGM gegen Ford Kohlhoff, Arbeitsgericht, E 7, 21, MA
- SAM, 08.06.24, 13:00 Uhr, Ukraine-Solikonzferenz mit Gewerkschafter:innen und Aktivist:innen aus der Ukraine, IGM-Haus, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin
- SAM, 08.06.24, 15:00 Uhr, 7. Kulturfest bei Schiller, B 3/C 3, MA
- DI, 11.06.2024, 19:00 Uhr, „fckAfD - Gegen den Parteitag der AfD in Essen“, Link zur Online-Veranstaltung der ISO: www.iso-4-rhein-neckar.de/noAFD
- DO, 13.06.2024, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 27.06.24, 11:30 Uhr, Verfahren zu BR-Mobbing bei Ford Kohlhoff, Arbeitsgericht, E 7, 21, MA
- FR, 28.06.2024, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema

Vorschau

- SAM, 17.08.2024, 13:30 Uhr, Sommerseminar der ISO Rhein-Neckar, MA
- SAM, 17.08.2024, 19:00 Uhr, Sommerfest der ISO Rhein-Neckar, MA



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
ViSDP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

